



Zum Nationalsozialismus und Kirchenkampf in Jöllenbeck: Der SA-Überfall auf Missionar Ewald Schildmann im Jahre 1936

Friedhelm Wittenberg

Vor 70 Jahren, am 16. Juli 1936, wird Missionskandidat Ewald Schildmann in seiner Jöllenbecker Wohnung von der SA überfallen und „fürchterlich geschlagen“, weil er im Konfirmandenunterricht den Hitlergruß abgelehnt hatte. Er wird von der Bielefelder Geheimen Staatspolizei verhaftet und 15 Tage in Schutzhaft genommen. Nach seiner Haftentlassung wird ihm bis zu seiner Ausreise in den Missionsdienst auf Sumatra ein Aufenthalts- und Redeverbot für Jöllenbeck und Umgebung auferlegt. Das Strafverfahren gegen die polizeilich ermittelten Täter wegen Landfriedensbruch wird 1937 durch einen Erlass Adolf Hitlers niedergeschlagen. Die Täter kommen ungestraft davon. Der ‚Fall Schildmann‘ beunruhigt und erregt die Jöllenbecker Bevölkerung zutiefst. Er wird als fundamentaler Angriff des Nationalsozialismus auf die evangelische Kirche verstanden. Der Fall Schildmann solidarisiert weite Teile der Jöllenbecker Bevölkerung zu schweigender Ablehnungs- und öffentlicher Verweigerungshaltung gegenüber dem nationalsozialistischen Regime. Er begründet ein außergewöhnlich herzliches und hochachtungsvolles Verhältnis zu Ewald Schildmann, den die Jöllenbecker bis in die 50er Jahre als ‚ihren Missionar‘ auf Sumatra mit Briefkontakten und großzügigen Missionsspenden unterstützen. Ewald Schildmann und seine Misshandlung stehen exemplarisch und erinnerungswürdig für den ‚Kirchenkampf‘, die Auseinandersetzungen zwischen Kirche und Nationalsozialismus im traditionell christlich geprägten dörflichen Milieu von Bielefeld-Jöllenbeck.¹

1. Ewald Schildmann: „Er hat eine stille und tiefe Liebe zur Mission“

Ewald Schildmann wurde am 27.06.1910 in Diebrock im Kreis Herford geboren. Er stammt aus den einfachen Verhältnissen einer Arbeiterfamilie und tritt im Alter von 14 Jahren eine Lehre als Schlosser und Schmied in der Herforder Maschinenfabrik Schachtsiek an. Seine geistliche Heimat ist der CVJM Herford. Dort empfängt er in Evangelisations- und Missionsvorträgen seine prägenden Lebens- und Glaubensimpulse, die schließlich in die Entscheidung einmünden, Missionar zu werden.

Schon während seiner Lehrzeit steht diese Entscheidung fest, und so bewirbt sich der 17jährige 1927 um die Aufnahme in das Missionsseminar bei der Rheinischen Missionsgesellschaft in Wuppertal-Barmen (RMG).² Der CVJM Herford unterstützt die Bewerbung und schreibt in einer Empfehlung zur Persönlichkeit Schildmanns:

„Er stammt aus einer gläubigen Familie. Auch sein älterer Bruder hat eine stille aber tiefe Liebe zur Mission. Im Verein hat er wiederholt Missionsstunden angeregt. Er und sein Bruder Ewald sind keine ‚Draufgänger‘. Aber sie wissen was sie wollen und halten mit bemerkenswerter Treue daran fest. Ich habe selten solche überzeugten Christen gesehen in diesem jugendlichen Alter, wie die beiden Brüder Schildmann.“³

Im Herbst 1928 beginnt Schildmann in Wuppertal die siebenjährige Ausbildung am Missionsseminar der RMG und legt dort am 6. Mai 1935 erfolgreich seine Prüfung ab.⁴ Den Prüfungsvorsitz führt erstmalig Pfarrer Johannes Schlingensiepen als Vertreter der rheinischen Bekennenden Kirche (BK), auf deren Seite sich die RMG im Kirchenkampf bekenntnismäßig gestellt hatte.

Auf dem Jahresfest der RMG am 24. / 25. Juli 1935 werden die fünf Missionskandidaten vor „überaus zahlreichen Besuchern, die nach Tausenden zählten“ vom Oeynhausener Pfarrer Karl Koch, dem Präses der westfälischen Bekenntnissynode, ordiniert.⁵

Am 1. Juni 1935 übernimmt Schildmann vorübergehend einen Hilfsdienst in der Kirchengemeinde Jöllenbeck. Er wird Ortspfarrer Fritz Tappenbeck für einen Zeitraum von fünf Monaten zur Unterstützung im Gemeindedienst als ‚Vikar‘ zugewiesen. Sein Dienstplan sieht vor, „daß er vor allem viel Hausbesuche in der Gemeinde machen soll, ferner Bibelstunden halten, gelegentlich predigen sowie in der Jugendarbeit mit helfen, damit er die Gemeindeglieder in den verschiedenen Zweigen kennen lernt.“ Beide Seiten erhoffen sich von diesem Dienst „eine gute Pflege und Förderung der Verbindung unserer Gemeinde mit unserer Mission zum Segen für beide Teile.“⁶

Für die RMG sind gute Verbindungen zu den Kirchengemeinden lebensnotwendig, weil sie seit ihrer Gründung (1828) im Wesentlichen aus Spenden der Gemeinden, Missionsvereine und Missionsfreunde finanziert und getragen wird. Außerdem ist bei der RMG in diesen Jahren ein finanzieller Tiefpunkt erreicht. Die Beschaffung der notwendigen Devisen für den Auslandseinsatz der Missionare ist wegen der Wirtschaftskrise und politischen Verhältnisse außerordentlich schwierig, so dass die RMG auch finanziell darauf angewiesen ist, die angehenden Missionare im Wartestand vorläufig in Kirchengemeinden unterzubringen.⁷

Ewald Schildmann erhält in Jöllenbeck eine Unterkunft im Wohn- und Geschäftshaus des Kaufmanns Wilhelm Schlier, der mitten im Dorf an der heutigen Dorfstraße 18 ein ‚Weißwäschegeschäft‘ betreibt. Er gehört zu den ‚Treuen der Gemeinde‘ und Freunden der Mission. Die RMG bezahlt Unterkunft und Verpflegung, und die Kirchengemeinde unterstützt Schildmann mit einem monatlichen ‚Taschengeld‘ in Höhe von 15 Reichsmark.⁸



Abb. (1)



Abb. (2)



Abb. (3)

Darüber hinaus ist die RMG nicht mehr fähig, den angehenden jungen Missionaren ein normales Gehalt zu zahlen. Auch Schildmanns Familie kann nicht mehr für ihn einstehen. In einem langen, beschämenden Bittbrief trägt Schildmann der RMG seine finanziellen Sorgen um seine Eltern in Diebrock vor. Vater und Bruder sind seit langem arbeitslos und seine Familie muss mit einem wöchentlichen Einkommen von 7 Reichsmark „darben und sich sehr sehr bitter durchschlagen.“ Er bittet deshalb die RMG, bei seinen Eltern wohnen zu dürfen, um diese mit dem in Jöllenbeck eingesparten Wohngeld unterstützen zu können. Und weil er gesund und kräftig sei, wolle er gern täglich die 12 Kilometer Hin- und Rückfahrt mit dem Fahrrad bewältigen, das ihm ein Missionsfreund geschenkt habe. Auch fehle ihm ein zweiter Anzug zum Wechseln, wenn er regendurchnässt nach Gemeindebesuchen am gleichen Abend noch eine Bibelstunde zu halten habe.⁹ Seine prekäre finanzielle Lage kommt dem Presbyterium zu Ohren: Es erhöht das Taschengeld auf den doppelten Betrag und die RMG gibt einen Zuschuss in Höhe von 100 Reichsmark für angemessene Kleidung.¹⁰ Im Juli 1935 besucht Schildmann das Wuppertaler Missionshaus erstmals in Begleitung seiner Verlobten, der Herforderin Hanna Reckersbrink und handelt sich damit prompt eine Rüge der RMG ein. „Bis heute ist die Bewilligung zu Ihrer Verlobung nicht geschehen.“ Deshalb „geht es nicht an, daß Sie dieses Fräulein als Ihre Braut herumführen.“¹¹

Weil sich die Aussendung in den Missionsdienst weiterhin herauszögert, wird Schildmann ab Ostern 1936 ein zweites Mal nach Jöllenbeck in den Gemeindedienst entsandt. Inzwischen hat Pfarrer Dr. Ernst Kleßmann als Nachfolger von Pfarrer Tappenbeck den Dienst als Ortspfarrer in Jöllenbeck angetreten.

Er wird neuer Mentor von Schildmann. Beide schätzen und unterstützen sich gegenseitig. Die Gemeinde freut sich auf die Rückkehr von Schildmann, der durch seine vielen Hausbesuche im Vorjahr inzwischen gut bekannt und in das Gemeindeleben eingeführt ist. Soweit es die politischen Verhältnisse zulassen, gibt es auf beiden Seiten hoffnungsvolle Perspektiven.¹²

2. Ortspolizei: „Es war nicht möglich, die schreiende und johlende Menge zu beruhigen“

Vielleicht liegt über der Bevölkerung in Jöllenbeck in diesen erinnerungswürdigen Juli-Tagen des Jahres 1936 eine besondere Anspannung. Aus Zeitungsmeldungen ist bekannt, dass der Bielefelder Bekenntnispfarrer Johannes Mebus (Petrigemeinde) am 18. Juni nach handgreiflichen Auseinandersetzungen mit Anhängern der ‚Deutschen Christen‘ (DC) in Sieker vorübergehend verhaftet worden ist. Vielleicht ist auch durchgedrungen, dass die beiden jüdischen Unternehmer, die Brüder Paul und Eduard Wertheimer, ihre große Jöllenbecker Seidenweberei nach vielfachen Repressionen der Gestapo wenige Tage später am 29. Juli durch Verkauf aufgeben werden.¹³ Außerdem beginnen wenige Tage später am 1. August in Berlin die XI. Olympischen Sommerspiele, bei denen sich das NS-Regime unter dem massiven Druck des Auslands als friedliche Nation in der Völkergemeinschaft zu präsentieren versucht.

Man gibt sich kirchenfreundlich, und die antisemitische Propaganda verschwindet vorübergehend aus der Öffentlichkeit. Eine gigantische Propaganda soll der Bevölkerung den Erfolg und die internationale Anerkennung des so genannten III. Reiches glauben machen.



Abb. (4)



Abb. (5)



Abb. (6)

Am Abend des 16. Juli 1936 überfallen und misshandeln SA-Männer aus Jöllenbeck, Heepen und Dornberg in einem planmäßig organisierten ‚Sturmappell‘ Missionar Ewald Schildmann. Da die Tat mitten in Jöllenbeck an der Dorfstraße ausgeübt wird und viele Arbeiter der Weberei Wertheimer nach der Abendschicht auf ihrem Heimweg hier vorkommen, geschieht sie vor einer größeren Öffentlichkeit und damit auch vor zahlreichen Augenzeugen. Die Nachricht vom Überfall verbreitet sich wie ein Lauffeuer durch ganz Jöllenbeck. Bereits am nächsten Tag berichtet Pfarrer Kleßmann der RMG von den Gewalttätigkeiten gegen Schildmann und die verdächtigten Täter aus SA- und NSDAP-Kreisen. Sein späterer Bericht, in dem weitere Belastungszeugen zu Wort kommen, präzisiert den Tathergang und die verdächtigten Täter:

„Folgender Sachverhalt im Falle Schildmann ist durch Zeugenaussagen belegt. Am Donnerstag, den 16. Juli 1936, drangen abends gegen 10 Uhr mehrere junge Männer in das Haus des Kaufmanns Schlüter ein. Sie ergriffen zunächst den Herrn Dröge, der auch in diesem Haus wohnt. Als sie merkten, dass sie nicht Missionar Schildmann vor sich hatten, fragten sie, wo der Herr Schildmann zu haben sei, und drangen in die Wohnküche des Kaufmanns Schlüter ein. Schildmann sass auf dem Sofa hinter dem Tisch. Die jungen Männer, die mit einem Trupp vom Volkshaus gekommen waren, befanden sich in Zivil. Frau Schlüter, die eine gute Personenkenntnis von Jöllenbeck hat, erkannte sie nicht. Andere Zeugen geben an, dass es sich um S.A.-Leute aus Dornberg, Brake und Heepen gehandelt habe.

Diese Leute zerrten den Missionar Schildmann aus der Küche, beförderten ihn auf den Flur und von da durch die Haustür in die Hände der schreienden und rufenden Menschenmenge. Da es 10 Uhr war und Arbeiter der Seidenfabrik Wertheimer die Strasse entlang kamen, sammelte sich bald eine große Schar vor dem Hause. Aus der Menge wurden Rufe laut wie „Hängt ihn auf“, „Schlagt ihn tot“. Der Sturmführer Niedick rief sogar einige Male „Schneidet ihm den Hals ab“.

Die vor dem Haus stehenden Männer schlugen etwa 3-5 Minuten lang kräftig auf Schildmann ein, der sich auch wehrte. Dann erschien plötzlich der Ortsgruppenleiter Meyer zu Jöllenbeck und der stellvertretende Ortsgruppenleiter [Webereiunternehmer Heinrich Wöhrmann, d.Verf.] Wöhrmann. Meyer zu Jöllenbeck versuchte, die schreiende und drängende Menge zu beruhigen. Er drohte auch mit Anwendung der Schusswaffe. Schildmann wurde wieder in das Haus zurückgezogen, und nun kam die Polizei und nahm ihn in Schutzhaft. Die Menge vor dem Haus beruhigte sich nicht. Man war gezwungen, Schildmann aus der Hintertür zum Amtshaus zu führen, um der Menge zu entgehen.

Im Amtshaus wurde Schildmann vom Amtsbürgermeister, der merkwürdigerweise sofort anwesend war, vernommen. Auf Anruf von Pastor Klessmann erklärte der Amtsbürgermeister, dass er Schildmann nach Bielefeld bringen lassen werde, da er hier nicht sicher sei. Die Kirchengemeinde legte zunächst offiziellen Protest ein dagegen, dass Missionar Schildmann aus seiner Wohnung herausgezerrt und auf der Strasse geschlagen worden sei. Der Amtsbürgermeister nahm den Protest zu Kenntnis.

Vor dem Amtsgebäude ist der Meyer zu Jöllenbeck erschienen und hat zu den Menschen in beleidigender Weise über Missionar Schildmann gesprochen. Ausserdem hat er nach Zeugen aussagen gesagt: „Da hat sich die Polizei ganz dumm benommen. Wir schlagen uns da vorne herum, und die gehen hinten mit ihm aus dem Haus heraus.“ Aus dieser Aeusserung ergibt sich, dass Meyer zu Jöllenbeck an dem Vorfall keineswegs unbeteiligt ist. Wie man von anderer Seite hört, hat er bereits vorher um die Sache gewusst. Außerdem hört man, dass im Volkshaus Pellmann das Ganze planmäßig ins Werk gesetzt wurde. Nur so ist es auch zu erklären, dass aus diesem Tumult heraus solche aufreizenden und verhetzenden Rufe mit grosser Regelmäßigkeit erfolgten. Die Gemeinde als solche, das ist auch die Meinung des Herrn Landrats Dr. Beckhaus, geht nicht auf die Strasse, wenn sie nicht aufgehetzt wird.

Nun hat es sich hier zu einem guten Teil nicht einmal um Glieder der Gemeinde Jöllenbeck, sondern um Auswärtige gehandelt. Um so deutlicher liegt am Tage, dass die Sache organisiert wurde und nicht etwa hingestellt werden kann als eine spontane Äußerung des Volksempfindens, das sich gegen einen reaktionären Vertreter der Kirche wendet. Zudem ist zur Genüge bekannt, dass Schildmanns Stellung zum Führer eine durchaus positive ist. Er hat daraus weder privat noch öffentlich je ein Hehl gemacht. Schildmann ist dann gegen Mitternacht aus einer Hintertüre des Amtshauses und durch den Garten eines benachbarten Gebäudes hindurch mit dem Auto des Bauernführer Reinke ins Polizeigewahrsam nach Bielefeld abtransportiert worden. Einige Leute haben noch versucht, ihn aus dem Auto zu zerren, was ihnen aber nicht gelungen ist.

Es wird Schildmann vorgeworfen, er habe den Kindern verboten, den Deutschen Gruss (Hitlergruss) anzuwenden. Tatsächlich hat Schildmann Kindern (Katechumenen) gesagt, dass der kirchliche Unterricht mit Lied und Gebet eröffnet wird. Im kirchlichen Unterricht seien sie in der Kirche. In der Kirche werde der Hitlergruss nicht angewandt, wohl aber sonst überall im öffentlichen Leben. Er grüsse auch mit dem Hitlergruss.

Zwei Tage vor diesem Vorfall habe ich mit Missionar Schildmann die Frage des Grusses im kirchlichen Unterricht besprochen. Wir kamen in einer Unterhaltung zufällig darauf. Schildmann erklärte, dass er es ablehne, in der Kirche, und dazu gehöre auch der kirchliche Unterricht, den Hitlergruss anzuwenden. Ich habe ihm darauf erwidert, dass ich es für richtiger hielte, den Hitlergruss anzuwenden, da aber kirchliche oder staatliche Entscheidungen darüber bislang nicht vorlägen, könne ihm die Anwendung des Grusses nicht zu Pflicht gemacht werden. [...]

Es kann deshalb in dem Verhalten des Missionskandidaten Schildmann, wie auch die Staatspolizeistelle Bielefeld auf Anfrage erklärt, ein strafbares Verhalten nicht erblickt werden. Angesichts dieses Sachverhaltes kann die Kirchengemeinde nur dann auf eine strafrechtliche Verfolgung der Angelegenheit verzichten, wenn von der Seite der Urheber dieses Tumultes ihre Schuld zugegeben und der Wille zu einem friedlichen Ausgleich bestehender Differenzen kundgetan wird. (Der Bericht stammt vom Ortpfarrer)¹⁴

Schildmanns eigener ‚Zeugenbericht‘ zum Tathergang lässt noch deutlicher erkennen, dass den Jöllenbecker NSDAP-Kreisen die vorbereitete ‚Strafaktion‘ völlig außer Kontrolle gerät. Sie heucheln vor der Öffentlichkeit Ahnungslosigkeit.

„Meyer zu Jöllenbeck stellte sich in die noch offenstehende Haustür mit einem Revolver in der Hand und rief, niemand solle es noch wagen, mich anzufassen, der Weg zu mir gehe nur über seine Leiche. Darauf sagte er weiter: Seid doch mal endlich ruhig, singt lieber ein Lied, los, singt mal einen. Daraufhin wurde sofort ein Lied angestimmt und gesungen.“

Meyer zu Jöllenbeck und Niedick fragen Schildmann, „was denn eigentlich los sei, wie denn das plötzlich gekommen sei, sie könnten sich das hier gar nicht erklären, [...] es sei ganz unmöglich, das Haus zu verlassen und in die tobende Menge zu gehen. Auch sie selbst wären ihres Lebens da nicht sicher.“¹⁵

Kreisbauernführer Landwirt Reinke gerät als völlig Unbeteiligter in die eskalierenden Ausschreitungen vor dem Amtshaus. Nachdem Autovermieter August Kirchhoff wegen Drohungen, man werde seine Autoreifen zerschneiden, den Transport Schildmanns nach Bielefeld verweigert, erscheint Reinke auf mehrfache Bitte des Ortsgruppenleiters gegen Mitternacht mit seinem Auto vor dem Amtshaus. Über die Fahrt nach Bielefeld berichtet er, dass SA-Motorradfahrer kreuz und quer vor seinem Wagen hin und her gefahren seien, so dass er ihnen gedroht habe, sie überzufahren. Er sagt weiter aus „Schildmann kann sich freuen, dass ich noch nicht zu Bett lag und mit dem Wagen kam, sonst wäre er wahrscheinlich nicht lebendig davon gekommen.“¹⁶

3. Kirche: Zwischen Christuskreuz und Hakenkreuz

Für das Verständnis der Hintergründe, die zu der Gewalttat gegen Schildmann führen, müssen seine früheren Beziehungen zum Nationalsozialismus und die kirchliche Situation in Jöllenbeck angesprochen werden. Während seiner Ausbildung im Wuppertaler Missionsseminar verändern sich die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse mit der ‚Machtergreifung‘ Hitlers am 30. Januar 1933 sehr gravierend. Die allgemeine Begeisterung über den ‚nationalen Aufschwung‘ erfasst anfangs nicht nur die jungen Seminaristen sondern teilweise auch leitende Kreise der RMG. Die Stadt Wuppertal ist eine nationalsozialistische Hochburg. Der ‚Tag von Potsdam‘ (21. März 1933) wird in Wuppertaler Kirchen mit Hakenkreuzfahnen und uniformierten SA-Leuten, die eine ganze Empore füllen, und unter Mitwirkung der Posaunenbläser des Missionshauses überschwänglich gefeiert.¹⁷

Im Sommer 1933 treten 29 Seminaristen in die studentische SA-Gruppe an der reformierten Theologischen Schule Elberfeld ein. Unter ihnen auch Ewald Schildmann.¹⁸ Leiter dieser Schule – nicht zu verwechseln mit der 1935 von der Bekennenden Kirche gegründeten Kirchlichen Hochschule Wuppertal – ist der nationalsozialistische Theologe Otto Weber. In der RMG bestehen interne Spannungen zur bekenntnismäßigen und politischen Position im Kirchenkampf. Schildmann gehört zu jenen RMG-Kreisen, die sich 1933 den ‚Deutschen Christen‘ (DC) anschließen. Im Frühjahr 1934 verlässt er – wie viele andere nach der rassistischen Berliner DC-Sportpalastkundgebung im November 1933 – die ‚Deutschen Christen‘, weil er sieht, „wohin der Zug geht“. Im Mai 1934 tritt die RMG entschlossen, allerdings nicht einmütig, weil man auf ‚beiden Seiten‘ die Missionsfreunde nicht verlieren will, auf die Seite der Bekennenden Kirche. Die ‚Lutherische Konferenz‘ im missionsbewegten Minden-Ravensberger Land hatte auf diese Entscheidung gedrängt.¹⁹

„Der S.A. bin ich beigetreten“, erklärt Schildmann 1947, nachdem er aus langjähriger Internierungshaft nach Deutschland zurückgekehrt ist,

„weil ich damals die N.S.D.A.P. für die einzige politische Partei hielt, die stark genug sei, der Bolschewisierung Deutschlands zu widerstehen. [...] Ich habe geglaubt, daß im Parteiprogramm der N.S.D.A.P. der Punkt vom positiven Christentum ehrlich gemeint sei. Ich habe geglaubt, daß die wiederholten öffentlichen Erklärungen Hitlers ehrlich gemeint seien, daß nämlich die beiden großen christlichen Konfessionen die Basis des gesamten kulturellen Lebens des deutschen Volkes seien.“²⁰

Mit dieser Fehleinschätzung des Nationalsozialismus gehört Schildmann zur jenem großen Kreis von Kirchenführern, Pfarrern und Gemeindegliedern, die Hitler 1933 mit Begeisterung begrüßen, ähnliches wie Schildmann glauben und hoffen und sich unkritisch von den kirchenfreundlichen Äußerungen Hitlers blenden lassen.

Zu Beginn seines Dienstes in Jöllennebeck im Sommer 1935 kommt es zu einer „langen Unterredung“ mit dem Jöllennebecker SA-Sturmbannführer Hugo Niedick, in der Schildmann „weltanschauliche Fragen“ des Nationalsozialismus zur Sprache bringt. Als Konsequenz dieses Gespräches wird Schildmann vom Bielefelder Standartenführer umgehend aus der SA ausgeschlossen.²¹ Der Vorgang schafft klare Fronten. Für die Jöllennebecker Nationalsozialisten ist er seitdem ein abtrünniger Kamerad und Gegner an der Bekenntnisfront, wie sie die Bekennende Kirche nennen. Auf die Person Schildmann, „der es liebte, den Leuten gegenüber öfter ein deutliches Wort zu sagen“, entladen sich offensichtlich die gesamten Aggressionen der Jöllennebecker Nationalsozialisten gegen die Bekenntnisgemeinde. Die Mitglieder der Bekenntnisgemeinde sind wegen ihrer distanzierten oder ablehnenden Haltung zur nationalsozialistischen Ideologie die „abseits stehenden Neinsager“, und im Urteil des Jöllennebecker NSDAP-Ortsgruppenleiters sogar „Landesverräter.“²²

Ein näherer Blick auf diese ‚Fronten‘ zeigt einerseits, dass in Jöllennebeck bereits 1932 ein sehr aktive NSDAP-Ortsgruppe mit 193 Mitgliedern besteht. Mit diesem Mitgliederbestand vertreten die Nationalsozialisten in Jöllennebeck nach Heepen die zweitgrößte Position innerhalb der Bielefelder Landkreismunicipien. Ortsgruppenleiter Landwirt Waldemar Meyer zu Jöllennebeck gehört nach seiner gesellschaftlichen Stellung zu den prominenten Parteiführern der NSDAP in der Region Bielefeld. Der Jöllennebecker SA-Sturm hat im gleichen Jahr eine Stärke von 37 Mann.²³ Auf einem undatierten Foto präsentiert sich die SA in einem Gruppenbild vor dem Adlerdenkmal in einer Stärke von 72 Mann.²⁴

Der Jöllennebecker Ortschronist Wilhelm Stückemann bezeichnet den Jöllennebecker SA-Sturm „als recht raubeinige Gesellen, die in machthungrigem Übermut in Form einer Schlägerkolonne ihren Bestrebungen Nachdruck zu verleihen suchten. Wer als Gegner des Nationalsozialismus dies öffentlich zum Ausdruck brachte wurde schwer misshandelt.“²⁵ Bei ihren „zackigen“ Aufmärschen auf der Dorfstraße erzwingen sie von den Bürgern als Zeichen der Regimetreue den Hitlergruß. Es hat nicht an (erfolglosen) Versuchen gefehlt, die jungen Männer des Eichenkreuz-Sportes im CVJM Jöllennebeck zum geschlossenen Übertritt in die SA zu überreden, um den Ruf der SA im kirchlich-bürgerlichen Jöllennebeck aufzubessern. Die Staatspolizei Bielefeld hatte bereits im August 1934 den Eichenkreuzsport und „jegliche sportliche Betätigung des Vereins verboten.“²⁶

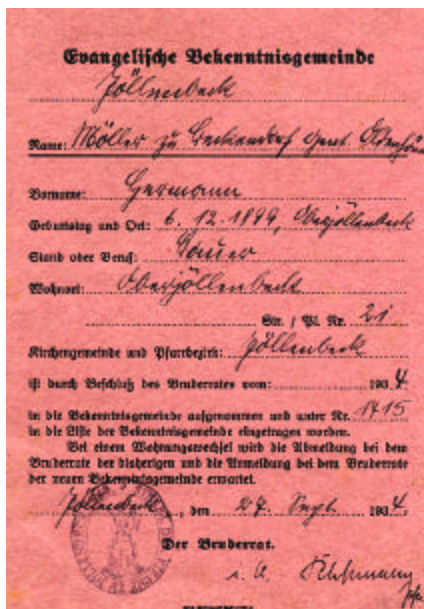


Abb. (7)

Abb. (8)

Abb. (9)

Auf der anderen Seite hat sich die Kirchengemeinde Jöllennebeck bereits am 31. März 1934 in ihrem Glaubensbekenntnis und in ihrer kirchenpolitischen Position gegen eine ‚gleichgeschaltete‘ nationalsozialistische Staatskirche auf die Seite der Bekennenden Kirche (BK) gestellt.²¹

Von rund 6.000 evangelischen Gemeindegliedern unterschreiben etwa 2.400 die rote Mitgliedskarte, und die Versammlungen der Bekenntnisgemeinde im CVJM-Haus zählen nach dem Stand von 1937 rund 200 Besucher.²⁷ Damit steht ein beachtlich großer Kreis von Bürgern bekenntnismäßig und kirchenpolitisch auf Seiten seiner Jöllennebecker Kirche, der staatliche Eingriffe, Verbote, Repressalien und Angriffe auf ‚seine‘ Kirche mit Verachtung, Widerspruch und Protesthaltung ablehnt.

Auf diesem Hintergrund wird auch die weit reichende Empörung in der Bevölkerung über die Gewalt gegen Schildmann verständlich. Ein ‚Kirchenkampf‘ im engeren Sinne als Kampf und Konflikt zwischen ‚Bekennender Kirche‘ und ‚Deutschen Christen‘ hat in Jöllenbeck nicht stattgefunden. Weil alle Pfarrer und Presbyter zur Bekennenden Kirche gehören, bleiben der Gemeinde viele interne Kämpfe erspart und Freiräume für einmütiges entschlossenes Handeln.²⁸

Es verdient auch festgehalten zu werden, dass sich das Jöllenbecker Presbyterium unter der Leitung von Pfarrer Kleßmann neben scharfen Abgrenzungen in Bekenntnis- und Kirchenfragen um Verständigung und friedlichen Ausgleich von Konflikten mit den örtlichen Partei- und Staatsinstanzen bemüht. So findet ausgerechnet am Vormittag des Überfalltages eine Besprechung statt, in der die Inanspruchnahme der Katechumenen und Konfirmanden am Sonntag während der Gottesdienstzeit durch Hitlerjugend (HJ) und Bund Deutscher Mädel (BDM) einvernehmlich verhandelt wird. In der Gesprächsrunde mit 20 Teilnehmern ist die örtliche und Bielefelder Parteiprominenz und von Seiten des Presbyteriums unter anderen auch Schildmann vertreten.²⁹ Über das Verhalten von Schildmann wird kein Wort verloren. Es wäre der richtige Zeitpunkt gewesen, etwaige Vorhaltungen oder Unstimmigkeiten anzusprechen und auszuräumen. Der Überfall von Schildmann am Abend dieses Tages ist, wie der weitere Verlauf zeigt, zu diesem Zeitpunkt bereits beschlossen Sache.

4. Presbyterium: „Es wird einstimmig beschlossen, Strafantrag zu erstatten“

Am 17. Juli, dem Tag nach der Tat, beginnt die Jöllenbecker Kirchengemeinde mit den ersten Schritten zur Verteidigung und Befreiung Schildmanns. Allen voran Pfarrer Ernst Kleßmann, der unerschrocken und unnachgiebig den Kampf gegen das Unrecht aufnimmt, das Schildmann widerfahren ist. Er steht zur Verpflichtungserklärung des Pfarrernotbundes vom 21.09.1933, die er mit anderen Bielefelder Pfarrern unterschrieben hatte: „gegen alle Verletzung solchen Bekenntnisstandes mit rückhaltlosem Einsatz zu protestieren“ und nach bestem Vermögen mitverantwortlich zu sein für diejenigen, „die um solchen Bekenntnisstandes willen verfolgt werden.“³⁰

Er lässt keinen Zweifel darüber aufkommen und auch keine Zeit darüber verstreichen, Schildmann aus der Haft zu befreien, die Gewalttat aufzuklären und die Tatverdächtigen aus Jöllenbecker NSDAP-Kreisen beim Namen zu nennen. Er kann sich dabei auf Zeugenaussagen von Gemeindeglieder stützen, die ihre Beobachtungen mit beglaubigter Unterschrift zu Protokoll geben. Im weiteren Verlauf des Verfahrens geben mindestens 12 Gemeindeglieder hoch belastende Aussagen gegen die Täter schriftlich zu Protokoll oder erklären ihre Bereitschaft, vor der Gestapo auszusagen. Die Staatspolizei erklärt zunächst, Schildmann habe sich keiner strafbaren Handlung schuldig gemacht und könne sofort aus Schutzhaft entlassen werden, dürfe aber nicht wieder nach Jöllenbeck zurück. Wenig später wird diese Entscheidung widerrufen, weil mit kurzfristig zusammengetragenem ‚Belastungsmaterial‘ aus Jöllenbecker NS-Kreisen ein Strafverfahren gegen Schildmann konstruiert wird. Die Verhältnisse kehren sich um: aus Schutzhaft wird Untersuchungshaft und Schildmann ist nicht mehr Opfer, sondern wird selbst als Täter strafbarer Handlungen verdächtigt.

Am Samstag, 18. Juli, entscheidet das kurzfristig einberufene Presbyterium nach Kenntnisnahme glaubwürdiger Zeugenaussagen:

„Es ist die einstimmige Meinung des Presbyteriums, daß in dieser Sache Anzeige erstattet werden muß. Nach Anführung der bis dahin vorliegenden Zeugenaussagen ist deutlich, daß der Tatbestand des Landfriedensbruchs erfüllt ist. Es wird einstimmig beschlossen, bei der Staatsanwaltschaft Bielefeld Strafantrag wegen Landfriedensbruch zu stellen. Außerdem wird beschlossen, eine Abkündigung in der Kirche zu verlesen, die, ohne in ein schwebendes Verfahren einzugreifen, das zur Sache sagt, was kirchlich gesagt werden muß.“³¹

Abweichend von den protokollarischen Gewohnheiten wird der Beschluss im Protokollbuch von allen neun Presbyteriumsmitgliedern namentlich unterschrieben – um Einmütigkeit und Entschlossenheit in dieser hochbrisanten Entscheidung zu dokumentieren. Offensichtlich ist der Rechtsweg bereits sorgfältig vorbereitet worden, denn noch am gleichen Tag stellt das Presbyterium durch den Bielefelder Anwalt Justizrat Dr. Otto Cramer Anzeige bei der Staatsanwaltschaft Bielefeld. Im gleichen Zug stellt Wilhelm Schlüter Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch. Die Anzeigen lassen keine Zweifel über die führend Tatbeteiligten aufkommen.

Sie richten sich namentlich gegen Landwirt und NSDAP-Ortsgruppenleiter Waldemar Meyer zu Jöllenbeck sowie Müllermeister und SA-Sturmabführer Hugo Niedick. Mit dem hoch angesetzten Tatvorwurf des Landfriedensbruches (§ 125 StGB) gegen führende Jöllenbecker Nationalsozialisten setzt das Jöllenbecker Presbyterium mutig und kompromisslos alles auf eine Karte.³²

In einem weiteren hochrangigen Antrag wendet sich das Presbyterium direkt an die Führungsspitze der westfälischen NSDAP. Es bittet den Gauleiter Westfalen-Nord, Dr. Alfred Meyer, dafür einzutreten, dass das „Recht zum Siege kommt“, und das gewaltsame Vorgehen eine „gerechte Sühne“ findet. Dabei wird vermerkt, „dass die Kirche in Jöllenbeck wirklich eine volksverbundene Kirche ist, da sich 80% der Bevölkerung bewußt zur Kirche halten“ und dass diese Bevölkerung von der Sorge bewegt wird, die Urheber des Überfalls könnten der verdienten Bestrafung entgehen.³³ Damit entwickelt sich der Fall Schildmann vor einer größeren Öffentlichkeit zu einem brisanten politischen Zwischenfall, der später alle wesentlichen Staatsinstanzen in Westfalen aufwärts bis in Berliner Ministerien beschäftigen wird.

5. Kanzelabkündigung: „Irret euch nicht, Gott lässt sich nicht spotten“

Die vom Presbyterium beschlossene Abkündigung darf im Gottesdienst am 19. Juli nicht verlesen werden. Gerüchteweise ist durchgedrungen, dass Pfarrer Kleßmann von der Kanzel geholt werde, wenn er etwas zum Fall Schildmann sage. An Stelle von Kleßmann predigt der Bielefelder Bekenntnispfarrer Heinrich Quistorp (Pauluskirche) Im ursprünglich vorgesehenen Abkündigungstext ist unter anderem von der Überzeugung die Rede, „daß es sich hier um einen planmäßig vorbereiteten Überfall gehandelt hat, zu dem Zweck, Schildmann aus der Gemeinde zu entfernen [...] und daß die Kirchengemeinde Jöllenbeck zu diesem organisierten Überfall weder schweigen kann noch darf.“³⁴ Zur Verlesung kommt ein verkürzter Text mit einer seelsorgerlichen Empfehlung:

„Um falschen Gerüchten, die in der Sache Schildmann in der Gemeinde umgehen, entgegenzutreten, hatte das Presbyterium die Absicht, heute das Notwendigste zu der Sache zu sagen. Es ist aber dem Presbyterium verwehrt, in der Öffentlichkeit dazu Stellung zu nehmen. Die Gemeinde darf versichert sein, dass das Presbyterium das Notwendigste tun wird, das in dieser Sache zu tun ist. Das Presbyterium bitte die Gemeinde, diese Sache weniger zum Gegenstand von vielen Unterredungen, als vielmehr zum Gegenstand des Gebetes zu machen. Wir alle müssen uns aufs tiefste schämen, daß solche Dinge in unserer Gemeinde möglich gewesen sind. Das Presbyterium bittet die Gemeinde, fest zusammenzustehen im Glauben und in der Liebe zu unserem Herrn Christus, im Geiste zu wandeln und die Werke des Fleisches nicht zu vollbringen, denn Gottes Wort sagt: „Irret euch nicht, Gott lässt sich nicht spotten. Denn was der Mensch sät, das wird er ernten. [...]“³⁵

Nur einem kleinen Kreis eingeweihter Gemeindeglieder wird an diesem Sonntagvormittag bekannt gewesen sein, dass inzwischen Anzeige bei der Staatsanwaltschaft Bielefeld erstattet worden ist. In der Kollekte dieses Gottesdienst befindet sich erstmalig eine in Papier eingewickelte und adressierte Sondergabe für Missionar Schildmann. Damit beginnt unaufgefordert eine lang andauernde ‚Spendenwelle‘, mit der die Jöllenbecker „ihr praktisches Bekenntnis“ und vor allem ihre Solidarität mit Schildmann zum Ausdruck bringen. „Für unseren lieben Missionar Schildmann. Gott möge ihn schützen.“ ist beispielsweise auf einem dieser alten und bewegenden Einwickelzettel lesen.³⁶

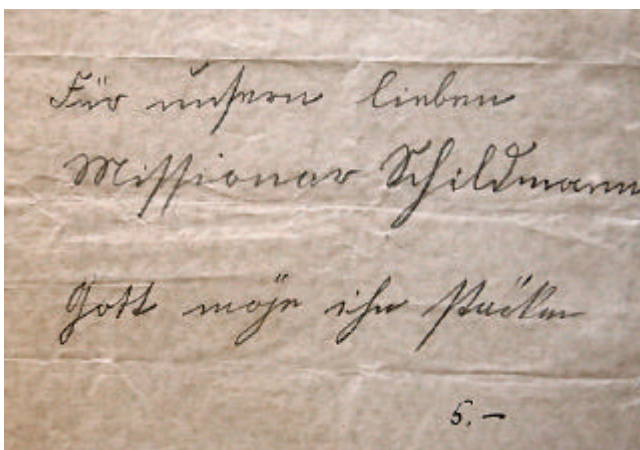


Abb. (10)

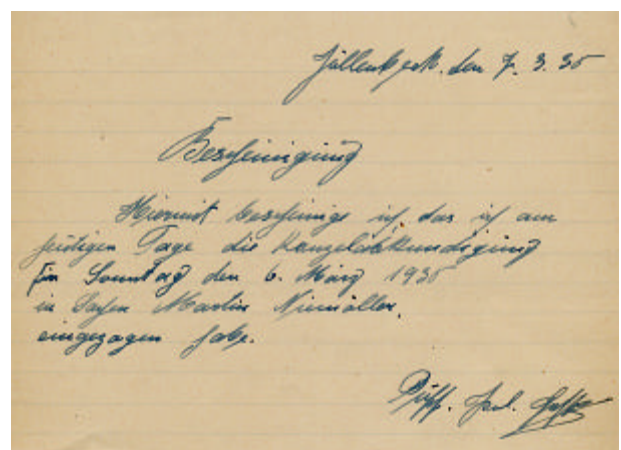


Abb. (11)

Der Bruderrat der Bekennenden Kirche Bielefeld schließt sich am 23. Juli mit einer weiteren Abkündigung zum Fall Schildmann an: „Wohin soll es führen, wenn in unserer Volke derartige Gewaltanwendung Menschen gegenüber, die einem mißliebiger sind, geschieht? Wo Gewalt vor Recht geht, und Gottes Gebote missachtet werden, kann Gott nicht sein; denn der Herr hat das Recht lieb.“ Der Brackweder Bekenntnispfarrer Gustav Münter, ordnet als Superintendent der Synode Bielefeld an, dieses Wort am 26. Juli in allen Bielefelder Kirchen zu verlesen und Schildmann in die offizielle Fürbittenliste der Bekennenden Kirche aufzunehmen.³⁷ Damit erreicht die Nachricht über die Ausschreitungen gegen Schildmann eine breite Bielefelder Öffentlichkeit.

6. Polizeigefängnis Bielefeld: „Schildmann sah sehr angegriffen aus“

Am 21. Juli wird Pfarrer Kleßmann zu einem Besuch bei Schildmann im Bielefelder Polizeigefängnis an der Turnerstraße zugelassen. Es kommt zu einem kurzen Gespräch in Gegenwart eines Justizbeamten. „Er sah sehr angegriffen aus und das rechte Auge war gelb-blau unterlaufen. Er erklärte aber, daß er sich körperlich wohl fühle. Die Schmerzen im Kopf von den Schlägen auf den Kopf seien vorüber.“³⁸ Im übrigen erfährt Kleßmann bei dieser Gelegenheit, dass aus Jöllennecker NSDAP-Kreisen neue politische Verdächtigungen gegen Schildmann vorgebracht werden u.a. mit dem Vorwurf, er lehne den Hitlergruß grundsätzlich und in der Öffentlichkeit ab. Man müsse deshalb mit einem längeren Verfahren vor dem Sondergericht Dortmund und längerer Haft rechnen.

Die neuerlichen Vorwürfe gegen Schildmann bleiben nicht lange unwidersprochen. Da man in Jöllennecker wirklich alle Kraft einsetzt, Schildmann aus der Haft zu befreien, kann Kleßmann bereits am nächsten Tag der Staatspolizei Bielefeld eine Namensliste mit 19 Zeugen überreichen, die darüber aussagen werden, dass Schildmann in der Öffentlichkeit den Hitlergruß praktiziert.³⁹

Im behördlichen und öffentlichen Verkehr ist der Hitlergruß, auch Deutscher Gruß genannt, im Juli 1933 durch preußischen Ministerialerlass eingeführt worden. Er ist mehr als eine formale Geste:

„Wer nicht in den Verdacht kommen will, sich bewußt ablehnend zu verhalten, wird daher den Hitlergruß erweisen. [...] Damit wird die Verbundenheit des ganzen deutschen Volkes mit seinem Führer auch nach außen hin klar in Erscheinung treten.“⁴⁰

Auch dem später inhaftierten Jöllennecker Pfarrer Walter Kleine-Doepke wird 1940 in einem Strafverfahren vor dem Sondergericht Dortmund die Verweigerung des Hitlergrußes vorgehalten.⁴¹

Am 25. Juli schreibt Schildmann aus dem Polizeigefängnis einen Gruß an seine Jöllennecker Gemeinde: „Bis jetzt hat Gott mir täglich äußere und innere Kraft geschenkt, so dass ich mit Dank gegen ihn sagen kann, dass es mir gut geht. Aus Jöllennecker bekam ich in den letzten Tagen viele Grüße, so viele, dass ich beschämt bin über solche Treue.“⁴²

Kleßmann bittet die RMG, sie möge Schildmann möglichst bald in den Missionsdienst auf Sumatra entsenden, damit sich die Situation für alle Seiten entspanne. Die Gemeinde Jöllennecker werde dazu als Abschiedsgeschenk die gesamten Reisekosten der Aussendung übernehmen. Weiterhin regt er an, die RMG solle zur Entlastung Schildmanns die Staatspolizei über die frühere (!) politische Haltung von Schildmann informieren. Eine vorzeitige Aussendung Schildmanns erscheint der RMG aus finanziellen Gründen nicht möglich. Man avisiert eine Wartezeit bis zu einem Jahr. Andererseits bescheinigt sie der Gestapo Bielefeld, dass Schildmann während seiner Wuppertaler Seminarzeit „mit innerster Anteilnahme und Begeisterung die Neugeburt Deutschlands unter der Führung Adolf Hitlers miterlebt hat.“⁴³

7. NSDAP Jöllennecker: „Wir warnen jeden“

Der Fall Schildmann wird in ganz Jöllennecker zu einem brisanten öffentlichen Gesprächsthema, über das sich die Gemüter erregen und empören. In NS-Parteikreisen wird befürchtet, dass sich der Konflikt zu einem unkontrollierbarem Protest entwickelt. Sie reagieren mit einem Aushang in den Betrieben und Geschäften, in dem die Jöllennecker am 22. Juli folgendes lesen können: „Warnung. Wir warnen jeden, die S.A. und N.S.D.A.P überhaupt mit den Tötlichkeiten gegen den Missionar Schildmann in Verbindung zu bringen“. Der Aufruf ist namentlich unterzeichnet vom Ortsgruppenleiter, Amtsbürgermeister und SA-Sturmführer, den drei NSDAP-Führungsgrößen in Jöllennecker.⁴⁴

Der Aushang kommt zu spät und bestätigt letztlich viele in ihrer Meinung, dass die Urheber und Anstifter in NSDAP-Kreisen Jöllennecks zu finden sind und dass die Empörung darüber kaum zur Ruhe kommen wird.

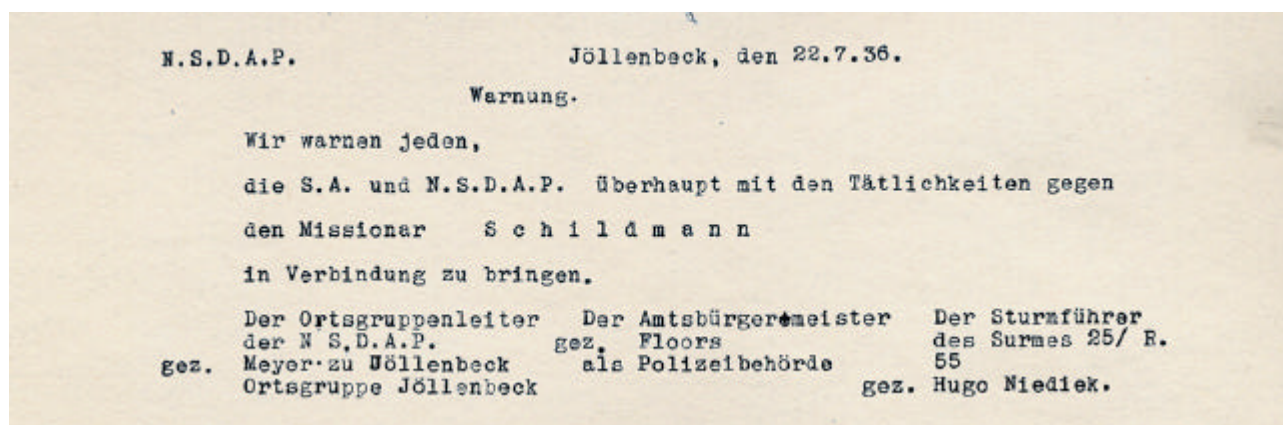


Abb. (12)

Es ist eine Situation erreicht, die von den Nationalsozialisten generell sehr befürchtet wird: Unruhe unter der Bevölkerung, Gefährdung von Sicherheit und Ordnung. Man spricht davon, dass sich die Bevölkerung in allerhöchster Erregung befindet, andere reden von tumultartigen Zuständen. Die Bevölkerung hat den naiv eingefädelten Plan und seine skrupellose Durchführung durchschaut. Die SA-Männer werden auch in Zivilkleidung als solche erkannt.

Die gesamte Vorbereitung der Aktion im SA-Sturmlokal ‚Volkshaus‘ mitten im Dorf an der heutigen Dorfstraße 32 bleibt nicht unbemerkt und auch die Tatbeteiligten halten nicht vollständig „dicht“. Die Pfarrer Kötter (Heepen) und Schleicher (Dornberg) können in Einzelfällen nachweisen, dass die Aktion in dortigen SA-Kreisen vor ihrer Durchführung bekannt gewesen ist und sich einzelne SA-Männer aus diesen Orten an der Aktion beteiligten, so dass auch die Vertuschung der Urheberschaft durch Einsatz auswärtiger SA-Männer für die Eingeweihten ans Licht kommt.⁴⁵ Dem größte Irrtum unterliegen die Dorfnazis jedoch in der Annahme, die kirchlich geprägte Jöllennecker Bevölkerung werde die gewalttätige Prügelei gegen einen ihrer Pfarrer stillschweigend hinnehmen oder akzeptieren.

8. Gestapo: „Man drohte ihr, dass sie in das KZ gehöre“

Unerwartet und eher zufällig geraten auch drei 15jährige Jöllennecker Mädchen in das Visier der Gestapo Bielefeld. Die Geschwister Elisabeth und Helga Pott sowie Else Biermann sind befreundet und in Briefkontakt mit Resi Frey, die mit ihrer Familie in Schweden lebt. Vater Theodor Frey, ein schweizer Staatsbürger, ist 1936 nach Schweden ausgewandert, weil ihm als Betriebsleiter der Wertheimerschen Weberei die „Wolken am deutschen Himmel“ zu dunkel geworden sind. Einer ihrer Briefe an Freundin Resi Frey, in dem sie die Verhaftung Schildmanns erwähnen, wird von der Gestapo im Rahmen der Auslands-Postüberwachung geöffnet. Zuerst wird Elisabeth Pott mit einer „grünen Minna“ von ihrem Arbeitsplatz in der Weberei Delius zum Verhör in das Amtsgebäude abgeführt. Dort kann sie jedoch in einem „barschen Verhör“ der Gestapo glaubhaft machen, dass sie zwar die Absenderin des Briefes, ihre Freundin Else Biermann jedoch die Verfasserin ist. Else Biermann wohnt nur wenige Häuser weit vom Tatort entfernt (Auf der Weißen 22) und hat mit eigenen Augen die Gewalttätigkeiten und Abführung Schildmanns miterlebt.

Sie erlebt dieses Verhör mit Angst und Schrecken, in dem Freundin Else Biermann aufs Übelste beschimpft wird.

„Man drohte, daß sie ins KZ gehöre, wegen Schlechtmachung unseres deutschen Vaterlandes. Wir müssten doch wissen, daß wir solche Andeutungen nicht ins Ausland schreiben dürften, sondern einzig und allein, daß es in unserem Vaterland gut und schön sein.“⁴⁶

Bei der späteren Vernehmung von Else Biermann – ein Mädchen mit Hängezöpfen – ist den Gestapo-Beamten inzwischen die ganze Harmlosigkeit der jungen Briefschreiberin aufgegangen.

Man redet sie mit „Kindchen“ an und warnt sie, nie wieder eine solche Äußerung ins Ausland zu schreiben. Die Schreibmaschine ihres Vaters wird beschlagnahmt. Sie gehört dem CVJM Jöllenberg, in dem Heinrich Biermann als Kassenwart seit vielen Jahren eine führende Rolle bekleidet.



Abb. (13)



Abb. (14)



Abb. (15)

9. Regierungspräsident Minden: „In Jöllenberg will kein Friede herrschen“

Obwohl das Jöllenger Presbyterium bereits in den ersten Hafttagen Schildmanns zahlreiche Eingaben zum Tathergang und weiteren Tatverdächtigen bei der Bielefelder Staatsanwaltschaft und Gestapo vorlegt, schweigen sich diese Stellen über den Verlauf der Strafverfahren aus. Es wird lediglich bekannt, dass die Gestapo in Jöllenberg zahlreiche Vernehmungen durchgeführt hat und SA-Führer Niedick nach zeitweiliger Beurlaubung wieder in sein Amt eingesetzt wird. Er soll sich in Parteikreisen erfolgreich beschwert haben, da er lediglich auf Befehl gehandelt habe.⁴⁷

Aus der Aktenlage beim Regierungspräsidenten Minden ist detailliert bekannt, dass zu diesem Zeitpunkt die Ermittlungen zum Tathergang und der verantwortlichen Tätern bereits erfolgreich abgeschlossen sind. Allerdings bestehen erhebliche Meinungsverschiedenheiten darüber, wie man aus dem ‚Fall Schildmann‘ ohne Ansehens- und Vertrauensverlust der nationalsozialistische Bewegung und ihrer Führer herauskommt. Die Gestapo und NSDAP-Kreise in Bielefeld haben die ausgesprochene Absicht, das vom Presbyterium beantragte Strafverfahren „tot“ zu machen, in der Hoffnung, dass alle Tatbeteiligten „dicht halten“.

Der Regierungspräsident Minden dagegen plädiert mit Bielefelder Landrat Dr. August Beckhaus und einer weiteren ungenannten Behörde für ein ordentliches Gerichtsverfahren. Sie erwarten eine erhebliche exemplarische Bestrafung der Täter. Wenn von unteren Parteistellen wie in Jöllenberg eine „Zusammenrottung zu Gewalttätigkeiten angezettelt und nach vorbereitetem Plan durchgeführt wird, so muß hier mit harter Hand durchgegriffen werden.“ Letzte Entscheidungen über Recht und Unrecht werden offensichtlich nicht mehr vor unabhängigen ordentlichen Gerichten, sondern im Interesse des nationalsozialistischen Herrschaftssystems entschieden.

Regierungspräsident Adolf Freiherr von Oeynhausen ist überzeugter Nationalsozialist mit weitreichenden Verbindungen in die Berliner Parteispitze. Er hatte Hitler Januar 1933 im legendären Lipper ‚Durchbruchwahlkampf‘ als persönlichen Gast auf seinem Gut Grevenburg beherbergt und Heinrich Himmler die Wewelsburg bei Paderborn für den Ausbau zur ‚SS-Reichsführerschule‘ empfohlen. Sein Regierungsbezirk Minden-Ravensberg (Ostwestfalen) und das Siegerland sind in ihrer nachhaltigen Prägung durch eine kirchliche ‚Erweckungsbewegung‘ im 19. Jahrhundert die beiden stärksten ‚Hochburgen‘ der Bekennenden Kirche in Westfalen. Er hat deshalb ein waches Auge auf alle kirchenpolitischen Auseinandersetzungen und kommt zu der Beurteilung:

„Bei der Intensität des Widerstandes der BK in Westfalen und besonders in Minden-Ravensberg, die der eines Glaubenskampfes gleichkomme, drohe die Gefahr eines raschen Umsichgreifens der Oppositionsbewegung auf Preußen und das Reich.“⁴⁸

Ganz offensichtlich stören ihn die eigenmächtigen Prügelaktionen der Jöllenbecker Dorfnazis in seinen Konzepten zur Befriedung des Kirchenkampfes in Ostwestfalen. Sein umfangreicher sechsseitiger Bericht vom 30.08.1936 an den Reichs- und Preußischen Minister des Inneren Wilhelm Frick lässt keinen Zweifel daran aufkommen, dass er mit einem ordentlichen Gerichtsverfahren und einer erheblichen Bestrafung der Täter rechnet.⁴⁹

Nach den Ermittlungen der ihm unterstellten Gestapo Bielefeld hat Niedick für diesen Abend einen ‚SA-Sturmappell‘ in Zivilkleidung angesetzt. Man trifft sich dazu im ‚Sturmlokal‘ der Jöllenbecker SA, der Gaststätte ‚Volkshaus‘ an der heutigen Dorfstraße 32, das zuvor der Jöllenbecker Arbeiterbewegung bis zu ihrem Verbot als Tagungsort diente und nur wenige Häuser von der Schildmannschen Wohnung entfernt liegt.

„Auf dem Sturmappell hielt der S.A.-Sturmbannführer Niedick einen weltanschaulichen Vortrag, in dem er u.a. das Verhalten des Missionar Schildmanns mit Recht geißelte. Er erwähnte dabei, dass die SA. darüber zu wachen habe, dass das Ideengut des Nationalsozialismus nicht verwässert werde. Auch soll er in diesem Zusammenhang geäußert haben, dass im Anschluss an den Appell eine Demonstration gegen Schildmann durchgeführt werde. Niedick verließ darauf kurze Zeit das Sturmlokal, während die SA. Kampflieder sang. [...] Diese begaben sich darauf in loser Ordnung unter Absingung von Kampfliedern zur Wohnung des Schildmann. Hier wurde gerufen: „Hängt ihn auf! Schlagt ihn tot“ usw., woran sich auch Niedick beteiligt haben soll.

Schildmann wurde dann von einigen unbekanntenen Personen aus der Wohnung geholt und geschlagen. In diesem Augenblick erschien – angeblich zufällig – der Ortsgruppenleiter Meyer zu Jöllenbeck, der Schildmann in Schutz nahm und für die Abführung Schildmanns zum Amtshaus Sorge trug. [...] Es hat allerdings den Anschein, als ob auch er von der Aktion gegen Schildmann gewusst hat. Ein Zeuge behauptete nämlich, [...] dass am Abend etwas passieren und Schildmann wahrscheinlich wegen seines staatsfeindlichen Verhaltens verhaftet würde.[...] Nach dem Ergebnis der Ermittlungen kann m.E. kein Zweifel darüber bestehen, dass es sich bei dem Vorgehen gegen Schildmann um eine wohlvorbereitete Aktion der SA. gehandelt hat, von der auch der Ortsgruppenleiter gewusst hat. [...]

Es war auch nicht Ziel der hiesigen Ermittlungen, den Sachverhalt restlos aufzuklären. Ich bin aber der Auffassung, dass bei einer etwaigen Strafverhandlung, bei der die Zeugen unter Eid aussagen müssten, sich ein noch weit ungünstigeres Ergebnis für den Ortsgruppenleiter Meier zu Jöllenbeck und für den SA.-Sturmführer Niedick ergeben würde. Im Interesse der Bewegung halte ich dies aber nicht für tragbar. Eine derartige Gerichtsverhandlung würde zweifellos das Ansehen der Bewegung stark schädigen und von der Bekenntnisfront in propagandistischer Weise ausgewertet werden. Es ist bereits jetzt zu erkennen, dass die Bekenntnisfront die bedauerlichen Vorkommnisse für sich auszuwerten versucht. Ich bitte daher und glaube damit auch dem Wunsche der Partei zu entsprechen, beim Justizministerium dahin vorstellig zu werden, dass das Verfahren niedergeschlagen wird.“

Freiherr von Oeynhausen lässt keinen Zweifel darüber aufkommen, dass er mit diesem Vorgehen der Gestapo Bielefeld nicht einverstanden ist.

„Die von der Staatspolizei hier vertretende Ansicht wird von den örtlichen Staatsstellen nicht geteilt und zwar auch deswegen nicht, weil die politischen Auswirkungen dieses Überfalls sich bereits in schädigender Form gezeigt haben.

Wie der Amtsbürgermeister zu Jöllenbeck bekundet, wird Sturmführer Niedick, der Müllermeister ist, in seinem Beruf fast vollkommen boykottiert und zwar auch von eigenen SA.-Männern, die durch die evangelische Gegenpropaganda beeinflusst worden sind. Ferner ist in der Gemeinde Jöllenbeck seit dem Vorfall auch während der gesamten Olympiade fast gar nicht geflaggt worden, ein Zeichen für die Einstellung der Bevölkerung zu den Vorgängen.“

Indirekt kritisiert er auch die Vernehmungsmethoden der ihm unterstellten Gestapo Bielefeld in dem er einen Bericht des Bielefelder Landrates Dr. August Beckhaus zu dieser Sache wörtlich wiedergibt:

„Beide Beamte waren im Begriff, weitere Vernehmungen in Jöllenbeck vorzunehmen. Sie hatten die offen bekundete Absicht, die Sache tot zu machen; d.h. sie wollten unter allen Umständen zu einer Einstellung des Verfahrens kommen. [...] Über die stattgefundene vorherige Versammlung der Täter hoffte man hinwegzukommen, wenn alle Teilnehmer dicht halten würden.“ „Es ist und wird in Jöllenbeck sehr viel geredet. Auch Volksgenossen, die mit Schildmann nicht unbedingt einverstanden sind, lehnen die angewendeten Gewalt-Methoden ab. Die Ortsgruppenleitung versuchte sich gegen die gärende Stimmung dadurch zu wehren, dass sie jede Erörterung des Vorfalles durch Anschlag in den Fabriken usw. verbot. Der Kreisleiter [Dr. Hans Löhr, Bethel, d. Verf.] hielt auch nachträglich eine Versammlung in Jöllenbeck ab, in der er u.a. erklärte, dass der Fall untersucht werde und die Schuldigen bestraft würden. Trotzdem will in Jöllenbeck kein Friede herrschen.“

Abschließend zitiert von Oeynhausen die Beurteilung einer unbenannten Dienststelle, die in ihrer Schärfe nicht zu überbieten ist:

„Den Vorfall in Jöllenbeck entschuldigen und vertuschen heisst m.E. anarchistischen und bolschewistischen Methoden in Deutschland Tür und Tor öffnen. Wenn Gerechtigkeit und Wahrhaftigkeit in Deutschland herrschen sollen, so müssen auch im Falle Schildmann die Schuldigen ermittelt und bestraft werden. [...] Es ist auch der Wille des Führers, dass Parteigenossen keine Ausnahmestellung eingeräumt wird, sondern daß sie entsprechend den höheren an sie zu stellenden Anforderungen für etwaige Straftaten um so härter bestraft werden. Wenn dann sogar von den unteren Parteistellen selbst wie in Jöllenbeck eine Zusammenrottung zu Gewalttätigkeiten angezettelt wird und nach einem wohl vorbereiteten Plan durchgeführt wird, so muß hier mit harter Hand durchgegriffen werden, wenn nicht das letzte Vertrauen zu Führer, Staat und Bewegung verwirtschaftet werden soll.“

Im weiteren Verlauf wird der Regierungspräsident nicht mehr gehört und die Bielefelder Oberstaatsanwaltschaft beantragt beim Reichsminister der Justiz, das Verfahren gegen die Jöllenbecker Täter der Berliner Zentral-Staatsanwaltschaft zu übertragen. Monate später, etwa im Januar 1937, spricht Pfarrer Kleßmann persönlich bei Freiherr von Oeynhausen vor. Ihm wird versichert, „dass das Unrecht nicht zugedeckt werde eine ordnungsgemäße Bestrafung der Täter erfolge, schon um des Volkes und Staates willen auch aus Gründen der Sauberkeit der Bewegung könne man darauf nicht verzichten.“⁵⁰

10. Haftentlassung: „Das Erlebte stand ihm auf dem Gesicht geschrieben“

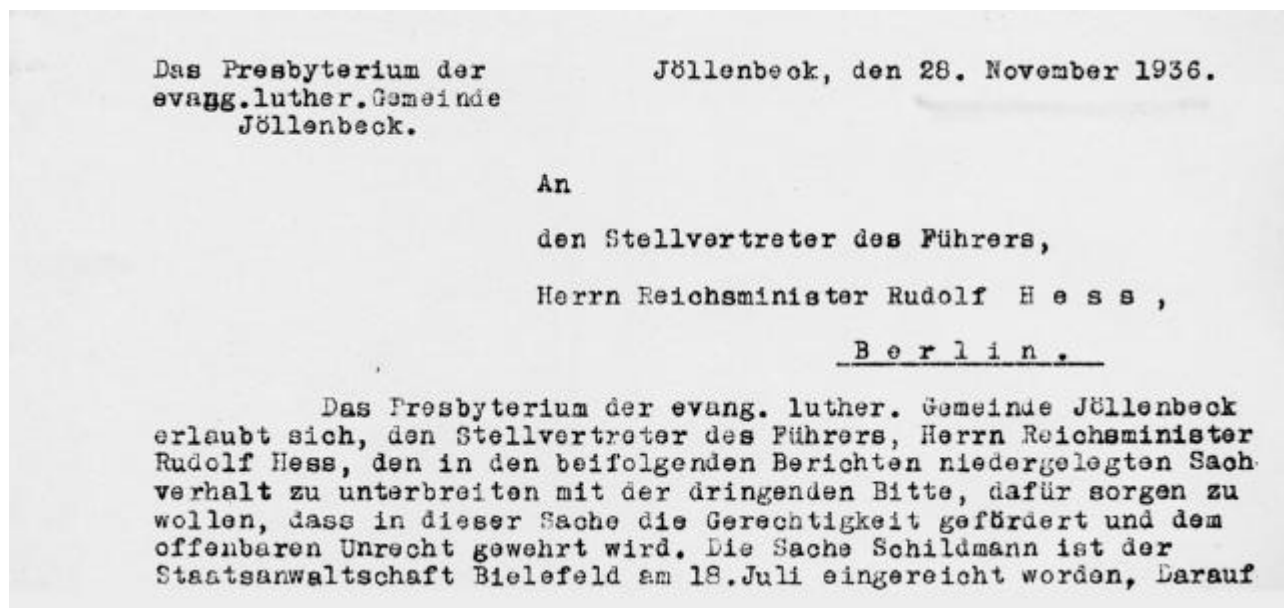
Am 31. Juli wird Ewald Schildmann nach zwei Wochen Haft aus dem Bielefelder Polizeigefängnis mit dem Bescheid entlassen, dass weiterhin ein nicht abgeschlossenes Strafverfahren beim Sondergericht Dortmund gegen ihn bestehe. Weiterhin wird ihm verboten, weder dienstlich noch privat nach Jöllenbeck zurückzukehren, angeblich zu seiner eigenen Sicherheit.

Die Ereignisse in Jöllenbeck und die anschließende Haft gehen an Schildmann nicht spurlos vorbei. Die tumultartigen Gewalttätigkeiten, die schamlosen Beleidigungen vor dem Amtshaus und die Mordrufe verdichten sich zu einem Trauma, das ihn über lange Zeit plagt. Nach einem kurzen Erholungsurlaub in Bad Honnef plant die RMG, Schildmann in den Synoden Hamm, Soest und Paderborn zu Vortragsdiensten einzusetzen. Pfarrer Kleßmann stellt sich besorgt gegen diesen Plan. Er befürchtet, dass Schildmann von Beobachtern verfolgt wird und ihm die „innere Freiheit“ für diesen Vortrags- und Werbedienst fehle. Er bittet die RMG, Schildmann bis zum Abschluss des gegen ihn gerichteten Strafverfahrens an einem nicht-öffentlichen Arbeitsplatz einzusetzen. Die RMG kann diese Bitte nicht erfüllen. Inzwischen drängt die Jöllenbecker Gemeinde entschiedener auf Aussendung von Schildmann. In vielen Briefen, die zwischen Kleßmann, Schildmann und der RMG hin und her wechseln, wird der Aussendetermin zu einem alle belastenden Thema. In Jöllenbeck tut man sich schwer damit, die abwartende Haltung der Wuppertaler Missionsleitung, die so genannte ‚Deputation‘, zu akzeptieren, nachdem durch reichliche Spendengaben die Mittel für die Schildmanns Ausreise längst bereit liegen. Auch Schildmann selber kommt an einen Punkt, an dem ihn die Geduld verlässt. So schreibt er am 02. Februar 1937 – inzwischen ist rund ein halbes Jahr nach der Haft vergangen – an die RMG:

„Bitte sagen sie den Herrn der Deputation, wenn wir jungen Brüder auch so wenig Glauben hätten, dann würden wir nicht auf Jahre hinaus aufs Ungewisse warten. Nein, dann hätte ich mich vor zwei Jahren wieder an den Schraubstock und an den Amboß gestellt, könnte jetzt gutes Geld verdienen,

heiraten und eine Existenz gründen. Aber dann triebe man ja Verrat an der Sache der Mission. Darum warten wir, was auch kommen mag. Aber man soll dann auch in der Deputation nicht nur an die Zahlen denken [...] Was ich glaube, das glaube ich. Und ich lebe schon seit langem unter dem Eindruck, als ob bei uns der getroste Wagemut fehle.“⁵¹

Für die leitende Deputation ist außer ungewisser staatlicher Devisenvergabe auch die gesamte finanzielle Zukunft der RMG unübersehbar geworden. Auch das inzwischen verhängte Verbot der Missionsbüchsen, mit denen in den Häusern und Familien Spenden für die Mission gesammelt werden, trifft die RMG empfindlich. Man tut sich schwer mit der Aussendung Schildmanns, weil neben den Ausreisekosten auch die lebenslangen Gehalts- und Versorgungspflichten bis zum Ruhestand und Lebensende zur Entscheidung anstehen. Außer Schildmann warten noch fünf weitere Missionskandidaten mit älteren Rechten auf ihre Aussendung.



Das Presbyterium der
evang. luther. Gemeinde
Jöllenbeck.

Jöllenbeck, den 28. November 1936.

An

den Stellvertreter des Führers,
Herrn Reichsminister Rudolf Heß,
Berlin.

Das Presbyterium der evang. luther. Gemeinde Jöllenbeck erlaubt sich, den Stellvertreter des Führers, Herrn Reichsminister Rudolf Heß, den in den beifolgenden Berichten niedergelegten Sachverhalt zu unterbreiten mit der dringenden Bitte, dafür sorgen zu wollen, dass in dieser Sache die Gerechtigkeit gefördert und dem offenbaren Unrecht gewehrt wird. Die Sache Schildmann ist der Staatsanwaltschaft Bielefeld am 18. Juli eingereicht worden, Darauf

Abb. (16)

Weil sich die Staatsanwaltschaft Bielefeld über den Stand der Strafanzeige wegen Landfriedensbruch weiterhin ausschweigt, entschließt sich das Presbyterium in einem weiteren mutigen Schritt für eine hochrangige Eingabe an Reichsminister Rudolf Heß, den Stellvertreter Hitlers. Mit Schreiben vom 28.11.1936 bittet es Heß darum,

„dafür sorgen zu wollen, daß in dieser Sache die Gerechtigkeit gefördert und dem offenbaren Unrecht gewehrt wird. [...] Bis jetzt sind aber die Täter gerichtlicherseits nicht zur Rechenschaft gezogen worden. Infolgedessen wird die Gemeinde, die sich zu 80% bewußt zur Kirche hält, von der ernststen Sorge bewegt, es möchte in diesem Falle zum Schaden von Staat und Bewegung das Recht unterdrückt werden.“⁵²

Wie alle früheren Eingaben, bleibt auch diese ohne Antwort. Monate später, am 6. März 1937, erhält das Presbyterium vom Bielefelder Oberstaatsanwalt Nachricht über den Abschluss des Verfahrens:

„Auf ihre Strafanzeige vom 18. Juli 1936 gegen den SA.-Sturmchef Niedick, den Ortsgruppenleiter der NSDAP. Meyer zu Jöllenbeck und Andere wegen Landfriedensbruchs: Das Verfahren ist durch Erlaß des Führers und Reichskanzlers vom 22. Februar 1937 – RP 1293/37 niedergeschlagen worden.“⁵³

Die gleiche Nachricht erhält Kaufmann Schlüter. Ein Antrag des Presbyteriums auf Mitteilung des zitierten Erlasses wird von der Staatsanwaltschaft verweigert. Im Presbyterium scheint die Entschlossenheit und Hoffnung auf rechtstaatliche Verhältnisse weiterhin ungebrochen zu sein. Es erwägt, mit erneuten Strafanzeigen wegen Körperverletzung und Hausfriedensbruch den Fall Schildmann zu einem gerechten Ende zu bringen. Nach Rechtsberatung durch die Bekennende Kirche wird der aussichtslose Plan aufgegeben.

Am 13. Mai 1937 trifft die Nachricht ein, dass auch das Strafverfahren gegen Schildmann eingestellt worden ist. Das berüchtigte Sondergericht Dortmund, vor dem regimekritische Äußerungen, öffentliche Verweigerung und ziviler Ungehorsam abgeurteilt werden, hatte entschieden, dass „in dem Verhalten des Beschuldigten ein Vergehen gegen § 2 des Heimtückegesetzes und § 130a StGB nicht nachweislich zu erblicken sei.“⁵⁴ Die hier zitierten ‚Straftatbestände‘ werden auch anderen Pfarrer der Bekennenden Kirche vom Sondergericht vorgehalten, darunter 1940 auch dem Jöllenbecker Pfarrer Walter Kleine-Doepke.

Der Fall Schildmann klärt Fronten und kommt zu dem Ende, welches viele Jöllenbecker vorausgeahnt hatten: „Gewalt wird vor Recht ergehen“. Sie verstehen ihn als massiven Angriff des NS-Regimes auf ihre Kirche und die Mission. Der Kirchenkampf wird härter. Auch die weniger eingeweihten Gemeindeglieder erfahren durch die langen Namenlisten inhaftierter Pfarrer und Gemeindeglieder, die in das sonntägliche Fürbittengebet aufgenommen werden, von der ernstesten Bedrohung ihrer Kirche. Gerade diese Gebete gehören für die noch heute lebenden Zeitzeugen zu den nachhaltigen Erinnerungen an die Gottesdienste dieser Zeit. Eine solche Fürbittensynode in Deutschland enthält beispielsweise bereits im Jahr 1935 die Namen von 32 Personen, die Konzentrationslagern oder Polizeihaft inhaftiert sind.⁵⁵

11. Missionsgemeinde Jöllenbeck: „Die treuen Missionsfreunde in der Heimat“

Im März 1937 erhält Schildmann den lang ersehnten Bescheid, dass die RMG seine Übernahme in den Missionsdienst und seine Aussendung nach Sumatra beschlossen hat. Doch die Freude darüber wird durch eine weitere schmerzliche Lebenserfahrung getrübt: Die Berufung ist anfangs an die Bedingung geknüpft, die geplante Heirat mit Frau Hanna Reckersbrink, mit der er seit 1935 verlobt ist, bis zu vier Jahre zurückzustellen. Es ist damals Brauch bei der RMG, dass die leitende Deputation sich ein Bild von der Eignung der Verlobten für den harten Missionseinsatz und ihrer christlichen Einstellung machen will und damit eine Art elterliche Genehmigung der Brautwahl in Anspruch nimmt. Viele Missionare gehen unverheiratet in den Missionsdienst und erhalten häufiger erst nach zwei und mehr Jahren eine Heiraterlaubnis.⁵⁶

Es sind im Wesentlichen finanzielle Gründe, die Schildmann diesen herben Verzicht abverlangen: Die RMG ist unsicher, ob sie den höheren Lebensunterhalt eines Ehepaares oder einer späteren Familie mit Kindern aufbringen kann. Schildmann fügt sich schweren Herzens in die Bedingung. Er will keinen „Verrat“ an dem alten Missionsgrundsatz üben: „Es kein Preis zu teuer und ist kein Weg zu schwer, hinauszustreuen dein Feuer ins große Völkermeer.“⁵⁷

Mit der Einstellung seines Strafverfahrens im Mai 1937 und Aufhebung des Aufenthaltverbotes für Jöllenbeck finden auch die erneuten bedrückenden Auseinandersetzungen mit der Gestapo Bielefeld um die Erteilung eines Auslandsreisepass ein befriedigendes Ende. NSDAP-Kreise in Jöllenbeck hatten das Gerücht gestreut, Schildmann sei „noch lange nicht draußen, dafür sorgten sie schon, auch wenn Tausende [Reichsmark, d. Verf.] bereits lägen.“⁵⁸ Mit dem Reisepass kann Schildmann nun auch ein kurzes Sprachstudium bei holländischen Missionsfreunden absolvieren. Niederländisch ist auf Sumatra die Amtssprache der Kolonialherren.

In Jöllenbeck beginnen die Vorbereitungen für eine feierliche Aussendung und Verabschiedung von Ewald Schildmann. Man vertritt die Meinung, dass die Gemeinde Jöllenbeck wegen der vielen herzlichen Verbindungen zu Schildmann und der gemeinsam getragenen Belastungen ein gutes Recht darauf habe, sich als eigentliche Heimatgemeinde zu betrachten, die für ihn finanziell einsteht und ihn auch formell nach alter Missionstradition als Jöllenbecker Missionar in den Missionsdienst aussendet. Es gibt dafür keinen besseren Termin als das große Erntedank-Missionsfest, das am 3. Oktober 1937 gefeiert wird. Für die Jöllenbecker gehen mit diesem Tag viele Gebete in Erfüllung. Sie verstehen diesen Tag als einen Sieg des Glaubens über feindliche Mächte.

Es kommt ganz anders, und alle Erwartungen enden in einer unvorstellbaren Enttäuschung. Pfarrer Kleßmann hatte aus ungunstigen Erfahrungen mit der Gestapo und in Sorge um weitere Komplikationen das Auftreten und die Abschiedspredigt von Schildmann im Sonntagsblatt angekündigt. Am Samstag vor dem Festtag erneuert der Jöllenbecker Amtsbürgermeister Oskar Floors das frühere Aufenthalts- und Redeverbot für Schildmann in Jöllenbeck.

„Wenn Schildmann sich hier sehen läßt, hat er mit staatspolizeilichen Maßnahmen zu rechnen. Und wenn Sie seinen Aufenthalt ermöglichen oder fördern, machen Sie sich mit verantwortlich. Schildmanns Auftreten als Redner muss und wird von mir verhindert werden.“⁵⁹

Noch am gleichen Tag spricht Schildmann persönlich bei der Gestapo Bielefeld vor. Er erhält die Auskunft, die Aufhebung des Aufenthaltsverbotes sei ihm damals von einem „nicht maßgeblichen Beamten“ erteilt worden. Auch Kleßmann gibt nicht auf und überreicht dem Amtsbürgermeister gleichen Tages einen Antrag, die Gründe für diese erneute Verbot zu benennen. Weil niemand in letzter Minute die Ausreise Schildmanns gefährden will, müssen die erneuten Repressionen letztlich akzeptiert werden.⁶⁰

Die Kirche ist am Sonntag gedrängt voll, und Kleßmann gibt vor einer großen erwartungsvollen Gemeinde das erneute Aufenthalts- und Rede- und Redeverbot öffentlich bekannt. Man wird davon ausgehen können, dass Amtsbürgermeister Floors, der außerdienstlich eine führende Position in der Jöllenbecker NSDAP einnimmt, im Interesse örtlicher NS-Kreise handelt. Als unterste Dienststelle der Gestapo ist er formal zu solchen Weisungen berechtigt. Man will offensichtlich diesen ‚Siegestag‘ an der ‚Bekennnisfront‘ verhindern. Die Jöllenbecker kommen nicht unvorbereitet in diesen Gottesdienst und zum anschließenden Missionsfest, das am Nachmittag mit 640 Personen im CVJM-Haus gefeiert wird.⁶¹ Außer der normalen Kollekte für kirchliche Notstände werden an diesem Tag 905 Reichsmark in die Opfertüten für die Rheinische Mission gegeben. Dies ist die gute Antwort der Jöllenbecker auf schmerzliche und empörende Ereignisse, wie Kleßmann der RMG schreibt.

Am folgenden Sonntag feiert der CVJM-Kreisverband Herford in der Münsterkirche Herford seinen traditionellen „Jugend-Missions-Gottesdienst“, in dem Schildmann vor seiner Heimatgemeinde, seinen alten CVJM-Freunden und einer großen Minden-Ravensberger Missionsgemeinde seine Abschiedspredigt halten kann.



Abb. (17)

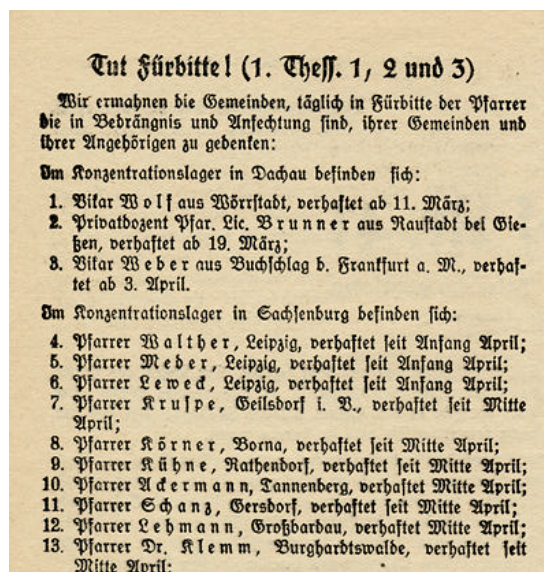


Abb. (18)

Der weitere Lebensweg Schildmanns im Dienst der Mission sei hier nur in knappen Sätzen skizziert, die allerdings kaum die gesamte Tragik dieses Missionarslebens wiederzugeben vermögen. Am 28. Oktober 1937 wird Schildmann nach Sumatra ausgesandt und beginnt dort im Ort Sidikalang westlich des Tobasees im Karo-Batak-Hochland mit der Einarbeitung in den Missionsdienst. Vorrangig sind anfangs Sprache, Lebensverhältnisse und Kultur des Batak-Stammes zu erlernen. Im Mai 1939 können Ewald Schildmann und Hanna Reckersbrink auf Sumatra ihre Hochzeit feiern. Rund ein Jahr später kommt jener Tag, an dem sowohl das junge Eheglück als auch der kurze Missionsdienst ein abruptes Ende finden wird.

Am 10. Mai 1940 überschreitet die deutsche Wehrmacht auf ihrem westlichen Eroberungsfeldzug die holländische Grenze. Gleichen Tages beginnt die holländische Kolonialpolizei auf Sumatra mit der Inhaftierung aller deutschen Staatsbürger in Internierungslagern.

Das Ehepaar Schildmann wird getrennt. Frau Schildmann wird im Verlauf des Krieges mit anderen Missionsfrauen zur weiteren Internierung nach Japan verbracht. Bis zu seiner Entlassung nach Deutschland im Dezember 1946 wird Schildmann auf Sumatra und in Indien rund sechseinhalb Jahre hinter Stacheldraht gefangen gehalten. Frau Schildmann kehrt erst 1947 aus Japan nach Deutschland zurück. Nach einigen Jahren Vortragsdienstes als ‚Heimatmissionar‘ der RMG in Westfalen wird Schildmann 1953 von der inzwischen selbstständig gewordenen sumatrischen Batak-Kirche erneut in den Missionsdienst berufen. Nach fünf Jahren glücklicher und erfüllter gemeinsamer Missionsarbeit kehren die Eheleute Schildmann 1958 wegen angegriffener Gesundheit vorzeitig nach Deutschland zurück. Nach weiteren Dienstjahren als ‚Heimatmissionar‘ in Westfalen mit Wohnsitz in Herford wird Schildmann später aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig in den Ruhestand versetzt. Er verstirbt am 24.08.1989 in Düsseldorf-Kaiserswerth im Alter von 79 Jahren.⁶²

12. Kirche und Nationalsozialismus in Jöllenneck: Beobachtungen und Fragen

Die umfangreiche Quellenlage zum Fall Schildmann bietet Möglichkeiten, die bisherigen Deutungen von Nationalsozialismus und Kirchenkampf in Jöllenneck zu prüfen und neu zu bewerten. Pfarrer Ernst Kleßmann hat 1954 mit seinem Bericht „Sichtungszeit“ die Jöllennecker Verhältnisse im Dritten Reiches erstmalig offen zur Sprache gebracht. Er schreibt über die Ereignisse aus christlicher, gemeindlicher Sicht, „um aus dem zu lernen, was geschehen ist, und dem zu danken, der sie als Gemeinde in stürmischen Zeiten erhalten hat.“ Wie kein anderer hat er persönlich in vorderster Linie den Kirchenkampf in Jöllenneck miterlebt und durchgestanden. So bleibt sein Bericht bis heute ein glaubwürdiges und authentisches Zeitdokument.

Andererseits werden in Jöllenneck Überlieferungen tradiert, NSDAP-Ortsgruppenleiter Meyer zu Jöllenneck habe schützend seine Hand über Pfarrer Kleßmann gehalten und seinen Parteigenossen sogar befohlen haben „Den Pastor rührt ihr mir nicht an.“⁶³ Nach dem missglückten Attentat auf Hitler soll er 1944 fanatische Jöllennecker Parteigenossen daran gehindert haben, die „Verneiner“ unter den Jöllennecker Bürgern ins KZ zu bringen.⁶⁴ Es sind bislang mündliche Überlieferungen ohne beweiskräftige Fakten und Quellen. An diese örtlichen Überlieferungen schließen sich auch Deutungen an, in den kleinen dörflichen Verhältnissen, wo jeder jeden kennt und die politischen Auseinandersetzungen quer durch die Familien gehen, sei halt alles ‚nicht so schlimm‘ gewesen.

Die Aktenbündel zum Fall Schildmann und zum Kirchenkampf in Jöllenneck sprechen dagegen eine ganz andere Sprache. Nach Lage der Quellen verhält es sich eher gegenteilig, dass nämlich fanatische NSDAP-Kreise in Jöllenneck sehr wohl und teilweise auch gewalttätig die Pastoren „angerührt“ haben und zwar alle Pfarrer: Schildmann, Kleßmann und Kleine-Doepke, wenn man von Tappenbeck absieht, der bereits 1935 nach Bethel wechselt. Inhaftierungen, Verhöre bei der Gestapo, Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmen, Zerstörungen am Pfarrhaus, Verbote, Spitzelberichte über Gottesdienste, Denunzierungen und Einschüchterungen jeglicher Art sind die Methoden mit denen die Nationalsozialisten gegen die Bekenntnispfarrer und die Bekenntnisgemeinde Jöllenneck vorgehen. In vielen dieser Vorgänge sind Jöllennecker Bürger aus NSDAP-Kreisen direkt beteiligt. Andere Vorgänge haben sie in Übereinstimmung gefördert oder geduldet. In Jöllenneck sind Mord- und KZ-Drohungen zu hören. Die Mehrheit der Jöllennecker Bürger reagiert schweigend, weil schon ein unbedachtes kritisches Wort zur Folge haben kann, von der Gestapo ‚abgeholt‘ zu werden.

Im Fall Schildmann dagegen solidarisieren sich die Bürger Jöllennecks zu öffentlichem Protest und zu Ablehnungs- und Verweigerungshaltungen. Wie bereits zuvor erwähnt, weigern sie sich größtenteils die Hakenkreuzfahne zu den Olympischen Spielen auszuhängen oder boykottieren das Mühlengeschäft des tatverantwortlichen SA-Sturmbannführers. So jedenfalls berichtet es der Jöllennecker Amtsbürgermeister Floors an den Regierungspräsidenten Minden.

Für Jöllenneck und eine größere kirchliche Öffentlichkeit in Westfalen wird die sichere und beweisbare Erkenntnis gewonnen, dass keine geordneten rechtstaatlichen Verhältnisse mehr bestehen, dass Staat und Parteiorganisationen auch in Jöllenneck untrennbar Hand in Hand arbeiten und dass die Kirche vor Unrecht und Gewalt des NS-Regimes keinen Schutz mehr findet. Mit dieser Erkenntnis geht die Jöllennecker Bekenntnisgemeinde in die ‚harte‘ Phase des Kirchenkampfes, den sie im Fall Schildmann vor Gerichten, Behörden, NS-Instanzen und einer größeren Öffentlichkeit unerschrocken und kompromisslos aufgenommen hatte.

13. Abbildungen und Archive

- Abb.1: Ewald Schildmann (Foto: Stadtarchiv Bielefeld)
- Abb.2: Wohnhaus Wilhelm Schlüer in Jöllenbeck (Foto: Christel Schröder, Bielefeld)
- Abb.3: Rheinische Missionsgesellschaft in Wuppertal-Barmen. / rückseitige Ansicht (Foto: historische Ansichtskarte)
- Abb.4: Die Hand: Treue zur Mission, Jes. 45, V. 23-25
(Buchumschlag-Grafik: Bonn, Alfred, Ein Jahrhundert Rheinische Mission, Barmen 1928)
- Abb.5: Die Hand: erhoben zum Hitlergruß, Olympische Sommerspiele Berlin 1936
- Abb.6: Aufmarsch der Jöllenbecker SA auf der Dorfstraße (Foto: Knigge, Bielefeld)
- Abb.7: Mitgliedskarte der Bekennenden Kirche Jöllenbeck, Presbyter Hermann Möller zu Beckendorf genannt Oldenhöner (Magdalene Oldenhöner, Bielefeld)
- Abb.8: Jöllenbecker Kirche und Hof Meyer zu Jöllenbeck (Foto: historische Ansichtskarte)
- Abb.9: Gemeindeversammlungen der Bekennenden Kirche in Bielefeld 1937 (CVJM Jöllenbeck)
- Abb.10: Spenden-Einwickelzettel (Archiv LkA EKvW, Bielefeld)
- Abb.11: Bescheinigung des Jöllenbecker Ortspolizisten über die Beschlagnahme einer Kanzel-Abkündigung zu Martin Niemöller vom 7.3.1938 (Registatur Kirchengem. Jöllenbeck)
- Abb.12: Aushang NSDAP Jöllenbeck, 22.7.1936 (Archiv LkA EKvW, Bielefeld)
- Abb.13: Else Biermann (Foto: Lenchen Biermann, Bielefeld)
- Abb.14 Pfarrer Dr. Ernst Kleßmann (Foto: Evang. Kirchengemeinde Jöllenbeck)
- Abb.15: Niederländischer Luftpostbrief Schildmanns von Sumatra an Familie Schlüer in Jöllenbeck. Inzwischen sind die Niederlande von der deutschen Wehrmacht besetzt. Schildmanns Auslandspost wird überwacht. (Christel Schröder, Bielefeld)
- Abb.16: Brief Presbyterium Jöllenbeck an Rudolf Heß, 28.11.1936 (Archiv LkA EKvW)
- Abb.17: Schildmann und CVJM-Bundeswart Johannes Busch (Wuppertal) vor der Münsterkirche Herford, 1937 (Foto: CVJM Jöllenbeck)
- Abb.18: Fürbittenliste der Bekennenden Kirche vom Juni 1935 (Kirchengemeinde Jöllenbeck)

Archiv- und Museumsstiftung Wuppertal (AMSW)

Bestand: RMG 2.042,1

zitiert als „Archiv RMG [Blattnummer]“

Landeskirchliches Archiv der Evangelische Kirche von Westfalen, Bielefeld

Bestand: Kirchengemeinde Jöllenbeck, 4.38, Nr. 2;

zitiert als „Archiv LkA EKvW“

Danksagung für freundliche Unterstützung:

Herrn Wolfgang Apelt, Archiv- und Museumsstiftung Wuppertal

Herrn Wolfgang Günther, Landeskirchliches Archiv der Evangelische Kirche von Westfalen

Publikation dieser Arbeit im Internet:

<http://www.erinnerungszeit.de/joellenbeck-schildmann-1936.pdf>

14. Anmerkungen

- 1 Zum „Fall Schildmann“ vgl.: Niemöller, Wilhelm, Bekennende Kirche in Westfalen. Bielefeld 1952, S. 206; Kleßmann, Ernst, Sichtungszeit. Aus dem Leben der Gemeinde in den Jahren 1935 bis 1953. In: Heimatbuch der Evangelischen Kirchengemeinde Jöllenbeck 1954, hrg. von Pastor Kleine-Doepke, Detmold 1954, S. 133-160; Hey, Bernd, Zum Kirchenkampf im Raum Bielefeld. In: 69. Jahresbericht des Historischen Vereins für die Grafschaft Ravensberg, Jahrgang 1974, S. 105-122; Hey, Bernd: Die Kirchprovinz Westfalen 1933-1945, Bielefeld 1974, S. 266
- 2 Handschriftlicher Lebenslauf Ewald Schildmann vom 31.10.1927, Archiv RMG Bl. 503
- 3 CVJM Herford an RMG 20.11.1927, Archiv RMG Bl. 539
- 4 Prüfungszeugnis Schildmann vom 06.05.1935, Archiv RMG Bl. 499, 501
- 5 Menzel, Gustav, Aus 150 Jahren Missionsgeschichte. Die Rheinische Mission, Wuppertal 1978, S. 311 f
- 6 Pfarrer Tappenbeck an RMG 17.05.1935, Archiv RMG Bl. 491
- 7 Menzel, Missionsgeschichte, a.a.O., S. 313 f
- 8 Protokollbuch Kirchengem. Jöllenbeck, 14.05.1935
- 9 Schildmann an RMG 26.06.1935, Archiv RMG Bl. 483; Protokollbuch Kirchengem. Jöllenbeck, 16.07.1935
- 10 Protokollbuch Kirchengem. Jöllenbeck, 16.07.1935; RMG an Schildmann 27.07.1935, Archiv RMG Bl. 481
- 11 RMG an Schildmann 30.07.1935, Archiv RMG Bl. 475
- 12 Schildmann an RMG 10.03.1936, Archiv RMG Bl. 453; Pfarrer Kleßmann an RMG 21.03.1936, Archiv RMG Bl. 449; Protokollbuch Kirchengem. Jöllenbeck, 19.03.1936
- 13 Vogelsang, Reinhard, Geschichte der Stadt Bielefeld, Band III, Von der Novemberrevolution 1918 bis zum Ende des 20. Jahrhunderts. Bielefeld 2005, S. 269-270. Sie werden beide um den Verkaufserlös betrogen. Paul Wertheimer wandert nach England aus. Sein Bruder Eduard wählt den Freitod, um der Deportation in das KZ zu entgehen.
- 14 Kleßmann an RMG 17.06.1937, Archiv RMG Bl. 425, 429; Zitiert nach Kleßmann „Bericht über die Vorgänge in Jöllenbeck“, undatierter hektografierter Bericht, Archiv LkA EKvW
- 15 Schildmann, Zeugenbericht über den am 16. Juli 1936 in Jöllenbeck erfolgten Überfall, 28.11.1936, Archiv LkA EKvW
- 16 Zitiert nach Zeugenaussage Landwirt Hermann Möller zu Beckendorf genannt Oldenhöner; Archiv LkA EKvW
- 17 Menzel, Missionsgeschichte, a.a.O., S. 302
- 18 Delius, Eberhard, Bemerkungen zur Geschichte der Rheinischen Mission in den Jahren 1929 bis 1939, S. 18; Archiv RMG 1.287; Menzel, Missionsgeschichte, a.a.O., S. 306, Anmerkung 543
- 19 Menzel, Missionsgeschichte, a.a.O., S. 309
- 20 Erklärungen Schildmanns gegenüber Missionsdirektor Berner (Fragebogen der RMG über Beziehungen zum Nationalsozialismus) vom 06.01.1947, Archiv RMG Bl. 291, 293
- 21 ebenda
- 22 Kirchengem. Jöllenbeck an Gauleiter und Oberpräsident Dr. Meyer vom 18.11.1938, Archiv LkA EKvW, Bestand 0.4 Nr. 29 Bd. 1 Bl. 75
- 23 Vogelsang, Geschichte Bielefeld Band III, a.a.O., S. 157f
- 24 Fuhrmann, Horst Ulrich, Jöllenbeck. Heimat im Wandel der Zeit. Bielefeld 1991, S. 401
- 25 Stückemann, Wilhelm: Der Nationalsozialismus und der Krieg. In: Chronik des Amtes Jöllenbeck 1800-1970, S. 316 f, Archiv Bezirksamt Bielefeld-Jöllenbeck
- 26 Wittenberg, Friedhelm: Finsternis bedeckt das Erdreich und Dunkel die Völker. Im Dritten Reich. In: Festschrift. 150 Jahre Christlicher Verein Junger Menschen Jöllenbeck e.V., Bielefeld 1988, S. 35-45
- 27 Visitationsbericht BK Jöllenbeck Juni / Juli 1937, Registratur Kirchengem. Jöllenbeck, Ordner BK 1933-1939
- 28 Zu den Anfängen des ‚Kirchenkampfes‘ in Jöllenbeck vgl: Kersting, Andreas: Am Anfang des Drittes Reiches 1933/34. In: Halama, Udo (Hrg.), Ein + verbindet. 150 Jahre Marienkirche Jöllenbeck 2004, Bielefeld 2004, S. 70-81
- 29 Protokoll Pfarrer Kleßmann vom 16.07.1936; Archiv LkA EKvW
- 30 Kersting, Andreas: Am Anfang des Drittes Reiches; a.a.O., S. 75
- 31 Protokollbuch Kirchengem. Jöllenbeck, 18.07.1936
- 32 Protokollbuch Kirchengem. Jöllenbeck, 18.07.1936; Presbyterium an Staatsanwaltschaft Bielefeld, 18.07.1936 und 24.07.1936, Archiv LkA EKvW;
Landfriedensbruch nach § 125 StGB (in der heutigen Fassung): „Wer sich an 1. Gewalttätigkeiten gegen Menschen oder Sachen oder 2. Bedrohungen von Menschen mit einer Gewalttätigkeit, die aus einer Menschenmenge in einer die öffentliche Sicherheit gefährdenden Weise mit vereinten Kräften begangen werden, als Täter oder Teilnehmer beteiligt oder wer auf die Menschenmenge einwirkt, um ihre Bereitschaft zu solchen Handlungen zu fördern,

wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft, wenn die Tat nicht in anderen Vorschriften mit schwererer Strafe bedroht ist.“

- 33 Presbyterium an Reichsstatthalter Dr. Meyer, 24.07.1936, Archiv LkA EKvW
- 34 Abkündigung aus Anlass der Inhaftierung des Missionskandidaten Ewald Schildmann am 19. Juli in der Kirche zu Jöllenbeck; Archiv LkA EKvW
- 35 Kleßmann, Ernst, Sichtungszeit; a.a.O. S. 144
- 36 Diverse adressierte Einwickelzettel von Kollektengaben für die Aussendung von Schildmann, Archiv LkA EKvW
- 37 Kreisbruderrat, Wort an die Gemeinden der Synode Bielefeld, Archiv LkA EKvW
- 38 Pfarrer Kleßmann an RMG, 21. Juli 1936, Archiv RMG Bl. 423
- 39 Presbyterium an Staatspolizei Bielefeld, 22. Juli 1936, Archiv LkA EKvW
- 40 Einführung des Hitlergrusses. Rd.Erl.d.M.d.J. vom 20.7.1933. Zd. 1486, Archiv Bezirksamt Jöllenbeck
- 41 Presbyterium an Oberstaatsanwalt beim Sondergericht Dortmund, 3.4.1940, Hofakten Oldenhöner, Bielefeld.
Pfarrer Kleine-Doepke wird am 19.3.1940 im Gerichtsgefängnis Bielefeld inhaftiert.
- 42 Schildmann an Pfarrer Kleßmann, 25.07.1936, Archiv LkA EKvW
- 43 RMG an Staatspolizei Bielefeld, 25. Juli 1936, Archiv RMG Bl. 432, 421
- 44 Aushang NSDAP Jöllenbeck „Warnung“, 22.7.1936, Archiv LkA EKvW
- 45 Pfarrer Kötter an Pfarrer Kleßmann, 22.7.1936, Archiv LkA EKvW; Zeugenaussage Pastor Schleicher, Archiv LkA EKvW
- 46 Frey, Theodor / Brinkmann, Martin / Pott, Elisabeth: Missionar Schildmann in Schutzhaft. In: Jöllenbecker Blätter, Heimatkundliche Mitteilungen, 10. Jahrgang, Nr. 29, April 1978, S. 987-988
- 47 Kleßmann an Westfälischen Bruderrat, 29.10.1936, Archiv LkA EKvW
- 48 Zitiert nach Hey, Kirchprovinz, a.a.O., S. 250
- 49 Regierungspräsident Minden an Reichs- und Preußischen Minister des Inneren, 30.08.1936, Staatsarchiv Münster, Bestand Oberpräsidium Nr. 5038, S. 179-183. Soweit nicht anders angegeben, entstammen alle Zitate dieses Kapitel aus dieser Quelle. Weiterer Bestand zum Fall Schildmann: Eingabe von Superintendent Gustav Münter an den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen vom 25. Juli 1936 unter Bestand Nr. 5038, S. 174 f
- 50 Pfarrer Kleßman an RMG, 17.02.1937, Archiv LkA EKvW
- 51 Schildmann an RMG, 2.2.1937, Archiv RMG Bl. 403
- 52 Presbyterium an Reichsminister Rudolf Heß, 28.11.1936, Archiv LkA EKvW
- 53 Oberstaatsanwalt Bielefeld an Presbyterium, 6. März 1937, Archiv LkA EKvW
- 54 Rechtsanwalt Justizrat Semler an Pfarrer Klessmann, 13. Mai 1937, Archiv LkA EKvW.
Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutz der Parteiuniformen vom 20.12.1934: „Wer öffentlich gehässige, hetzerische oder von niedriger Gesinnung zeugende Äußerungen über leitende Persönlichkeiten des Staates oder der NSDAP., über ihre Anordnungen oder die von ihnen geschaffenen Einrichtungen macht, die geeignet sind, das Vertrauen des Volkes zur politischen Führung zu untergraben, wird mit Gefängnis bestraft.“
Strafgesetzbuch § 130a: „Ein Geistlicher oder anderer Religionsdiener, welcher in Ausübung oder Veranlassung der Ausübung seines Berufes öffentlich vor einer Menschenmenge, oder welcher in einer Kirche oder einem anderen zu religiösen Versammlungen bestimmten Orte vor Mehreren Angelegenheiten des Staats in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zum Gegenstande einer Verkündigung oder Erörterung macht, wird mit Gefängnis oder Festungshaft bis zu zwei Jahren bestraft.“
- 55 Der Präses der Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche. Rundbrief Nr. 41 vom 2. Juni 1935. Registratur Kirchengemeinde Jöllenbeck, Ordner BK 1933-1939
- 56 Menzel, Missionsgeschichte, a.a.O., S. 129
- 57 Schildmann an RMG, 30.3.1937, Archiv RMG Bl. 389
- 58 Schildmann an RMG, 30.3.1937, Archiv RMG Bl. 391
- 59 Amtsbürgermeister Floors an Pfarrer Kleßmann, 2.10.1937, Archiv LkA EKvW
- 60 Kleßmann an Amtsbürgermeister, 2.10.1937, Archiv LkA EKvW
- 61 CVJM Jöllenbeck, Abrechnungsbuch Veranstaltungen, 3.10.1937, Archiv CVJM Jöllenbeck
- 62 Menzel, Gustav, [Nachruf Schildmann], In: In die Welt. Für die Welt. Berichte der Vereinigten Evangelischen Mission, 25. Jg., Nov./ Dez. 1989, S. 24
- 63 Fuhrmann, Jöllenbeck, a.a.O., S. 400. Zu seiner Quellenlage teilt Fuhrmann leider nur mit: „Es ist bekannt ...“(!)
- 64 Stückemann, Chronik, a.a.O., S. 332